

Ressort: Politik

Bundesregierung besorgt über wachsende Gewalt gegen Journalisten

Berlin, 03.05.2015, 10:15 Uhr

GDN - Die Bundesregierung hat sich besorgt über "den erschreckenden Trend zu mehr Gewalttätigkeit gegenüber Journalisten" gezeigt: "Immer mehr von Ihnen werden in Ausübung ihrer Arbeit getötet. Nicht selten werden sie Opfer gezielter Anschläge derer, die die freie Presse fürchten und zum Schweigen bringen wollen", erklärte der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Christoph Strässer, anlässlich des Internationalen Tags der Pressefreiheit.

Mutige Journalisten, die in vielen Teilen der Welt Leib und Leben riskierten, machten nicht nur von ihrer Freiheit und ihren Menschenrechten Gebrauch, sondern erwiesen ihren Gesellschaften mit ihrem Eintreten für Wahrheit und Wahrhaftigkeit auch "unschätzbare Dienste". Die Pressefreiheit sei daher "Grundbedingung für ein offenes und transparentes Gemeinwesen". Ohne Pressefreiheit sei die Demokratie nicht vorstellbar. "Und auch die Pressefreiheit hat Vorbedingungen", betonte Strässer. "Quellenschutz und vertrauliche Kommunikation gehören dazu. Die Bundesregierung setzt sich auch aus diesem Grund für den Schutz des Rechts auf Privatheit in der digitalen Welt ein."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-53940/bundesregierung-besorgt-ueber-wachsende-gewalt-gegen-journalisten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619